

Göttinger Jobcenter muss Bürgergeld für obdachlose junge Erwachsene erhöhen

Das Sozialgericht Hildesheim entschied, dass das Jobcenter Göttingen eine Zusicherung des Jobcenters Northeim respektieren muss und einer obdachlosen jungen Frau 112 Euro mehr Bürgergeld zahlen soll.

Ein aktuelles Urteil des Sozialgerichts Hildesheim hat weitreichende Auswirkungen auf die Unterstützung für junge Erwachsene im Landkreis Göttingen. Diese Entscheidung hebt die Bedeutung von vorangegangenen Zusicherungen seitens der Behörden hervor und zeigt auf, dass die Kommunen in Niedersachsen in ihrer Verantwortung nicht voneinander abweichen dürfen.

Wesentliche Bedeutung des Urteils für junge Erwerbslose

Die Entscheidung betrifft eine 21-jährige Frau, die aufgrund unzumutbarer Lebensumstände das elterliche Zuhause im Landkreis Northeim verlassen musste. Sowohl das Jobcenter als auch das Jugendamt bestätigten 2021 die Notwendigkeit dieses Schrittes. Dennoch stellte die Sozialbehörde Göttingen kürzlich infrage, ob die junge Frau tatsächlich aus ihrer Situation flüchten musste, was zu einer Streitigkeit führte.

Hintergründe zur Klage

Die Betroffene musste vor Gericht ziehen, nachdem ihr das Jobcenter Göttingen die Entscheidung über ihre Unterstützung verweigerte. Das Gericht entschied zugunsten der Klägerin und

stellte fest, dass die Behörde in Göttingen die vorherige Zusicherung des Jobcenters Northeim nicht ignorieren durfte. Diese rechtliche Bindung ist von zentraler Bedeutung, da sie die Kontinuität der Unterstützung im Sozialstaat gewährleisten soll.

Gericht stetigt die Praxis der Kommunen

Das Urteil verdeutlicht die rechtlichen Rahmenbedingungen, die für die Gewährung von Bürgergeld gelten. Insbesondere wird auf die Zusicherung gemäß § 22 Absatz 5 SGB II verwiesen, die es der Antragstellerin erlaubt, bis zum Alter von 25 Jahren in einer eigenen Wohnung zu leben, ohne dass sie dabei ihren Anspruch auf Unterstützung für Miet- und Heizkosten verliert. Dies stellt eine wichtige Absicherung für junge Erwachsene dar, die in der Übergangsphase zwischen Ausbildung, Studium und Berufswelt stehen.

Die Rolle der Behörden im Sozialrecht

Laut dem Gericht ist eine erteilte Zusicherung ein bindender Verwaltungsakt. Das bedeutet, dass die Göttinger Sozialbehörde die vorherigen Entscheidungen der Northeimer Behörden nicht anfechten kann. Dr. Utz Anhalt, ein Experte für Sozialrecht und Autor zu diesem Thema, sieht in diesem Urteil eine klare Botschaft: Die Kommunen sind verpflichtet, die Rechte der Bürger zu respektieren und deren sichere Lebensumstände zu unterstützen.

Gesellschaftliche Auswirkungen auf die Betroffenen

Dieses Urteil setzt ein starkes Zeichen für die Rechte junger Menschen in der Sozialgesetzgebung. Es verdeutlicht, dass jeder Anspruch auf Unterstützung ernst genommen werden muss und die Behörden in Niedersachsen nicht willkürlich handeln können. Dies könnte dazu beitragen, das Vertrauen der Betroffenen in die staatliche Unterstützung zu stärken und die gesellschaftliche

Haltung gegenüber hilfebedürftigen jungen Erwachsenen zu ändern.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Entscheidung des Sozialgerichts Hildesheim nicht nur die betroffene Person betrifft, sondern auch ein wichtiges Signal an andere Betroffene in ähnlichen Situationen sendet. Die rechtlich Anerkennung von Zusicherungen stärkt die Position junger Menschen in der Gesellschaft und unterstreicht die Verantwortung der Behörden in der sozialen Absicherung.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de